

DIE KYOTO-ZIELE

Das Protokoll von Kyoto ergänzt das „Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen“ und ist eines der wichtigsten internationalen Rechtsinstrumente im Kampf gegen den Klimawandel.¹

Beschlussfassung: Dezember 1997, Ratifikation: bislang 191 Staaten sowie die EU²

Inhalte

Industriestaaten verpflichten sich, die Emissionen von sechs Treibhausgasen, die zur weltweiten Erwärmung beitragen, zu senken: Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Distickstoffoxid (N₂O), teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (H-FCKW), perfluorierte Kohlenwasserstoffe (FKW/PFC), Schwefelhexafluorid (SF₆).³

Kyoto I (2008–2012)

Die Gesamtemissionen der Industrieländer sollen zwischen 2008 und 2012 um durchschnittlich 5,2 Prozent unter den Wert von 1990 gesenkt werden. Dabei haben die einzelnen Länder unterschiedliche Verpflichtungen zur Emissionsminderung akzeptiert. Die EU hat aufgrund länderspezifischer Gegebenheiten ihre gemeinschaftliche Kyoto-Verpflichtung von insgesamt 8 Prozent innerhalb der EU umverteilt.⁴ (Beispiele für den Zeitraum bis 2012: Österreich minus 13 Prozent, Deutschland minus 21 Prozent, Irland plus 13 Prozent, Schweden plus 4 Prozent.)

Kyoto II (ab 2013)

Für die Zeit nach 2012 streben die Vertragsstaaten des Kyoto-Protokolls eine Nachfolge-Vereinbarung an. Ein neues, verbindliches Klimaabkommen unter Einbezug der USA und der großen Schwellenländer ist bisher jedoch nicht in Reichweite.

Viele Entwicklungsländer fordern eine zweite Verpflichtungsperiode nur für Industrieländer, damit diese ihrer historischen Verantwortung für den Klimawandel gerecht werden. Die EU-Kommission hat eine Treibhausgas-Reduktion von 20 bzw. 30 Prozent bis 2020 vorgeschlagen. Sie sollte auf dem Weltklimagipfel 2009 in Kopenhagen beschlossen werden, was jedoch nicht gelang. Auch der Klimagipfel 2010 in Mexiko endete mit dem Minimalziel, das Kyoto-Protokoll bis 2012 fortzusetzen sowie ein Waldschutzprogramm und einen Hilfsfonds für Entwicklungsländer zu installieren.⁵

Die Zukunft der Kyoto-Ziele nach 2012 (Post-Kyoto-Prozess) ist ungewiss. Weiter reichende Reduktionsverpflichtungen mit einer größeren Zahl an verpflichtend teilnehmenden Staaten werden angestrebt, sind jedoch derzeit nicht durchzusetzen – wobei häufig die schwierige ökonomische Lage als Argument vorgeschoben wird.

„Kyoto-Mechanismen“

Sie sollen Erleichterungen bringen, um vorgeschriebene Reduktionen auch auf frei wählbaren alternativen Wegen zu erreichen:

„Joint Implementation“: Anrechnung der Ergebnisse von Maßnahmen in einem anderen Industriestaat

„Clean Development Mechanism“: Anrechnung der Ergebnisse von Maßnahmen in einem Schwellen- oder Entwicklungsland

„International Emission Trading“: Handel mit Emissions-Zertifikaten („Verschmutzungsrechten“)⁶

Bedeutung

Ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die globale Erwärmung, da das Protokoll erstmals völkerrechtlich verbindliche mengenmäßige Ziele für die Reduzierung der Treibhausgase enthält und einen klaren Zeitrahmen vorgibt.⁷

Schwächen

Der Vertrag basiert auf Selbstverpflichtung, Sanktionen fehlen.

Die USA haben den Vertrag zwar unterschrieben, aber nie rechtskräftig durchgesetzt. China hat das Kyoto-Protokoll ratifiziert, sich aber nicht dazu verpflichtet, seine Emissionen zu drosseln. Beide Staaten sind zusammen für etwa 40 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. Bei der UNO-Klimakonferenz in Mexiko 2010 gab die japanische Delegation bekannt, in keinem Fall bei einer Weiterführung teilzunehmen. Österreich hat den Vertrag ratifiziert, wird die Ziele jedoch bei Weitem nicht einlösen können.⁸

DIE KYOTO-ZIELE

Österreich erreicht die Kyoto-Ziele nicht

Während man EU-weit das Kyoto-Ziel schon vor 2012 erreicht, wird Österreich bis 2012 voraussichtlich nicht die geforderte Menge CO₂ reduzieren können.

17 Millionen Tonnen CO₂ zu viel:

1997 verpflichtete sich Österreich in Kyoto, den jährlichen Treibhausgasausstoß bis 2008 um 13 Prozent unter den Wert von 1990 zu drücken. Demnach dürfte Österreich zwischen 2008 und 2012 jährlich durchschnittlich 38,0 Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen. Laut Prognose der EU-Kommission werden es jedoch 54,7 Millionen Tonnen sein. Laut Europäischer Umweltagentur ist Österreich damit neben Luxemburg jenes EU-Land, das am deutlichsten an seinen Vertragspflichten scheitert.

Umweltorganisationen wie Greenpeace und Global 2000 sowie auch die Grünen kritisieren vielfach zu vage formulierte politische Strategien und Maßnahmen. Die Berechnungen der Kohlendioxidemissionen aus dem Straßenverkehr zeigen, dass der Bereich Verkehr die Hauptverantwortung für die Gesamtemissionen Österreichs trägt. Auch die Industrie hinkt den Zielen hinterher. Vor allem im Bereich Raumwärme gibt es ungenützte Reduktionspotenziale – wie umweltschonende und innovative Maßnahmen zur Beheizung von Räumen, zur Warmwasserversorgung und zur Vermeidung von Energieverlusten (z.B.: thermische Sanierung, Solarkollektoren, Passivhäuser).

Experten prophezeien, dass die Verfehlung der Kyoto-Ziele Österreich zu Zertifikatzukäufen verpflichten werde, die rund eine Milliarde Euro kosten könnten.

Die Grünen sehen Subventionen an den falschen Stellen, Steuergeschenke beim Verkehr und politische Mutlosigkeit als Gründe für das Verfehlen der österreichischen Kyoto-Ziele. Sie fordern mehr erneuerbare Energieträger, höhere Besteuerung für Diesel und Flugbenzin und Maßnahmen für mehr Energie-Effizienz („Energiesparen ohne Komfortverlust“). Umweltminister Nikolaus Berlakovich erhofft sich vom geplanten Bundesklimaschutzgesetz, dass auch Länder und Gemeinden in die Pflicht genommen werden, wenn Teilziele nicht erreicht werden.⁹ Das Verfehlen der Kyoto-Ziele führt dazu, dass das Thema auf parlamentarischer Ebene von den Oppositionsparteien in die politische Debatte eingebracht wird.

Britta Breser

Literatur

Klimaschutzbericht des Österreichischen Umweltbundesamts: abrufbar unter: http://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/presse/news_2011/KSB_2011.pdf; <http://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REP0334.pdf> (7.11.2011)

Der Standard: Österreich kommt wieder nicht in Kyoto an, 12.01.2011, abrufbar unter: <http://derstandard.at/1293370499015/Klimaziel-in-weiter-Ferne-Oesterreich-kommt-wieder-nicht-in-Kyoto-an> (7.11.2011)

Die Grünen: Kyoto Strafzahlungen, abrufbar unter: http://www.gruene.at/verkehr/artikel_doppelt/lesen/73404/ (7.11.2011)

Österreichisches Parlament: Schriftliche Anfrage zu den Kyoto-Zahlungen, abrufbar unter: http://www.parlinkom.gv.at/SUCH/viewsources.html?docid=243215c7ae8e9151617ffa7571120382_both&qtf_teaser=query=bcalcontent.bidxcontentlv1:%22kyoto%22#match0 (7.11.2011)

- 1 Vgl. Gabriel, Elke: Das Kyoto-Protokoll: Entstehung und Konflikte. Diplomarbeit am Institut für Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik der Universität Graz 2003.
- 2 Vgl. European Commission: Summary „Kyoto Protocol“, abrufbar unter: http://europa.eu/legislation_summaries/environment/tackling_climate_change/128060_en.htm (7.11.2011)
- 3 Vgl. ebd.
- 4 Vgl. Informationsplattform Agenda 21 Treffpunkt: Kyoto-Protokoll – völkerrechtlich verbindlicher Klimaschutz, abrufbar unter: <http://www.agenda21-treffpunkt.de/thema/kyoto-protokoll.htm> (7.11.2011)
- 5 Vgl. ebd.
- 6 Vgl. Deutsches Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Kyoto-Mechanismen, abrufbar unter: <http://www.bmu.de/klimaschutz/kyoto-mechanismen/doc/20217.php> (7.11.2011)
- 7 Siehe: Das Protokoll von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen: <http://unfccc.int/resource/docs/convkp/kpger.pdf> (7.11.2011)
- 8 Vgl. „Cancun – Gräben zwischen Arm und Reich“, in: Ö1 Mittagsjournal vom 6.12.2010, abrufbar unter: <http://oe1.orf.at/artikel/263408> (7.11.2011)
- 9 Presseaussendung der österreichischen Parlamentskorrespondenz: Budgetausschuss: Kontroverse Diskussion über umweltpolitischen Kurs Berlakovich, 08.11.2011, in: www.ots.at/presseaussendung/OTS_20111108_OTS0283/budgetausschuss-kontroverse-diskussion-ueber-umweltpolitischen-kurs-berlakovich-atomenergie-kann-nicht-zum-klimaschutz-beitragen (22.11.2011)